

II-1567 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 755/J  
Anfrage  
1980-10-06

der Abg. Dr. WIESINGER  
und Genossen  
an den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz  
betreffend neuerliche Ankündigung der Installierung von  
Umweltanwälten

Nachdem Bundesminister Dr. Salcher schon im Februar dieses Jahres die Einführung eines Umweltanwaltes angekündigt hatte (Informationsdienst für Bildung und Forschung vom 13.2.1980), setzte er seine Ankündigungspolitik im Umweltbereich Mitte September fort.

Die Tageszeitung 'KURIER' vom 17.9.1980 berichtet darüber unter anderem:

"Der zweite "Anwalt", den Salcher ins Leben rufen will, ist der Umweltanwalt. Der gleichzeitig die große "Salcher-Kampagne" für mehr Umweltschutz-Kompetenzen einleiten soll.

Denn Salcher hat sich mit Landwirtschaftsminister Günther Haiden bereits über die Übernahme von Wasserreinhaltungskompetenzen geeinigt. Daraus wird dann die Bundesanstalt für Umwelt- und Strahlenschutz werden. Aus der wieder der Umweltanwalt rekrutiert werden soll. "Und zwar", so Salcher, "dezentral mit Expositionen und weisungsgebunden."

Der Umweltanwalt wird bei gewerberechtlichen Verfahren dabei sein, um nicht noch extra eine Umweltverträglichkeitsprüfung nötig zu machen, wird Anregungen aus der Bevölkerung aufnehmen und selbständig Verfahren einleiten."

Nach dem ersten Amtsjahr Dr. Salchers zeigt sich, daß sich dieser dem Stil seiner Vorgängerin Leodolter immer mehr anpaßt und sich

auf eine reine Ankündigungspolitik beschränkt. Der Verdacht, daß die Uneinigkeit in der Bundesregierung so groß ist, daß die Umweltpolitik lahmgelegt wird, findet seine Bestätigung darin, daß Gesundheitsminister Dr. Salcher durch Kompetenzprobleme behindert, bislang z.B. keine "Umweltbilanz" in Arbeit genommen hat. Eine derartige 'Umweltbilanz', aus der die derzeitige Situation im Umweltbereich ersichtlich wird, wäre aber Voraussetzung für eine aktive Umweltpolitik. Stattdessen kündigt Dr. Salcher Vorhaben an, die dem Bürger nicht mehr Demokratie, sondern noch mehr Zentralismus und Bürokratie bringen werden.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz folgende

A n f r a g e :

- 1) Welchen Aufgabenbereich soll die von Ihnen angekündigte Institution eines Umweltanwaltes erhalten ?
- 2) Welche Kosten in personeller, verwaltungsmäßiger und baulicher Hinsicht würden durch die Installierung von Umweltanwälten erwachsen ?
- 3) Welche Aufgaben soll die angekündigte Bundesanstalt für Umwelt- und Strahlenschutz haben ?
- 4) Welche personelle und finanzielle Ausstattung soll diese Bundesanstalt erhalten ?
- 5) Welche näheren Vorstellungen über die dezentrale Organisation der Umweltanwälte bestehen im Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz ?